

Der Beitrag von administrierten Preisen und indirekter Besteuerung zur Inflation im Euroraum: Aktuelle Ergebnisse

28

Wolfgang Nierhaus

Das Statistische Amt der Europäischen Union veröffentlicht jeden Monat die Inflationsrate für das Euro-Währungsgebiet. Der vorliegende Beitrag zeigt den Einfluss von administrierten Preisen und indirekter Besteuerung auf die aktuelle Preisindexentwicklung zur Basis 2005.

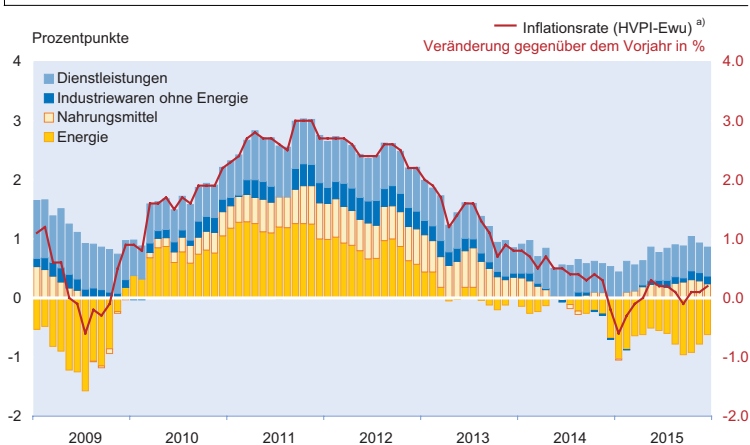
In der Europäischen Währungsunion (EWU) wird die Inflation mit dem harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU) gemessen. Der HVPI-EWU wird vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) als gewogener Durchschnitt der harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI) der Mitgliedsländer des Euroraums ermittelt. Die nationalen HVPI waren eingeführt worden, um Preisänderungen auf supranationaler Ebene konsistent miteinander vergleichen zu können. Der Erfassungsbereich der harmonisierten HVPI ist zumeist etwas kleiner als in den nationalen Verbraucherpreisindizes. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex HVPI-EWU dient der Europäischen Zentralbank (EZB) als zentraler Indikator zur Beurteilung der Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet. Dieses Ziel wird vom EZB-Rat dahingehend operationalisiert, auf mittlere Sicht Inflationsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen (vgl. Europäische Zentralbank 2013).

Seit nahezu drei Jahren wird dieses Preisziel jedoch deutlich unterschritten. Im zweiten Quartal 2013 lag die Inflationsrate (Veränderung des HVPI-EWU gegenüber der vergleichbaren Vorjahresperiode) erstmals mit 1,4% deutlich unter dem EZB-Zielwert, der in den Jahren 2011 und 2012 mit Jah-

resdurchschnittsraten von 2,7% und 2,5% noch spürbar überschritten worden war. Im Jahr 2014 setzte sich der ausgeprägte Rückgang der Inflationsraten (Disinflation) fort, was zum Großteil auf die aus Verbrauchersicht sehr günstige Preisentwicklung bei Energieträgern und – witterungsbedingt – bei Nahrungsmitteln zurückzuführen war. Der Rückgang der am HVPI-EWU gemessenen jährlichen Teuerungsrate gegenüber Ende 2013 lässt sich, Berechnungen der EZB zufolge, zu rund 70% mit der rückläufigen Energiepreisentwicklung erklären (vgl. Europäische Zentralbank 2014a, S. 29). Im Jahresdurchschnitt 2014 belief sich die anhand des HVPI gemessene Inflation in der Europäischen Währungsunion auf 0,4%.

Im Winterhalbjahr 2014/15 ist das Verbraucherpreisniveau des Vorjahreszeitraums sogar vier Monate in Folge unterschritten worden, maßgeblich hierfür war ein weiterer Rückgang der Energiepreise. Im September 2015 fiel der HVI-EWU, erneut energiepreisbedingt, unter den Stand des Vorjahres. Zeitweilig »negative« Inflationsraten in vergleichbarer ähnlicher Größenordnung hatte es zuletzt im Rezessionsjahr 2009 gegeben (vgl. Abb. 1). Im Durchschnitt des Jahres 2015 stagnierte das Preisniveau auf dem Stand von 2014. Aber auch die Kerninflationsrate (Gesamteinflation auf der Verbraucherstufe ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) war im vergangenen Jahr recht niedrig. Im ersten Halbjahr 2015 belief sich die Kernrate auf 0,7%, wozu wohl auch indirekte Effekte beigetragen haben, die sich aus dem Durchwirken niedrigerer Heizöl- und Kraftstoffpreise in den vorgelagerten Wirtschaftsstufen ergeben haben könnten. Im zweiten Halbjahr 2015 hat sich die Kerninflationsrate jedoch wieder etwas erhöht (0,9%), was auf eine zunehmende Auslastung der Produktionskapazitäten und auf etwas höhere Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen im Euroraum hindeuten könnte. Allerdings verläuft der Preisaufrtrieb nicht für alle

Abb. 1
Inflationsbeiträge der Gütergruppen zur Inflationsrate (HVPI-EWU)



^{a)} Angaben für wechselnden Währungsraum.
Quelle: Eurostat; EZB.

Tab. 1

Zur Entwicklung der administrierten Preise in der Europäischen Währungsunion^{a)}

Preisveränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2009		2010		2011		2012		2013		2014		2015	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
Administrierte Preise (HVPI-EWU-AP)	2,3	1,1	1,1	2,3	3,5	3,6	3,5	4,1	2,7	1,6	2,1	1,6	1,1	0,7
Direkt administrierte Preise	3,4	1,6	2,0	3,8	5,3	4,6	3,4	5,6	4,9	2,7	3,7	2,5	1,6	1,2
Überwiegend administrierte Preise	1,8	0,8	0,6	1,5	2,5	2,9	3,5	3,2	1,5	0,9	1,2	1,1	0,8	0,5
Nicht administrierte Preise	0,3	-0,1	1,4	1,8	2,5	2,7	2,4	2,2	1,5	1,0	0,4	0,1	-0,2	0,0
Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU)	0,6	0,0	1,4	1,9	2,6	2,8	2,6	2,4	1,6	1,1	0,6	0,3	-0,1	0,1

Inflationsbeiträge zum HVPI-EWU in Prozentpunkten^{b)}

	2009		2010		2011		2012		2013		2014		2015	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
Administrierte Preise (HVPI-EWU-AP)	0,3	0,1	0,1	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,3	0,2	0,3	0,2	0,1	0,1
Direkt administrierte Preise	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,0
Überwiegend administrierte Preise	0,1	0,1	0,0	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
Nicht administrierte Preise	0,3	-0,1	1,2	1,5	2,0	2,2	2,0	1,8	1,2	0,8	0,3	0,1	-0,2	0,0
Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU)	0,6	0,0	1,4	1,9	2,6	2,8	2,6	2,4	1,6	1,1	0,6	0,3	-0,1	0,1

Inflationsbeiträge zum HVPI-EWU in % der Gesamtinflation^{b)}

	2009		2010		2011		2012		2013		2014		2015	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
Administrierte Preise (HVPI-EWU-AP)	50,9	-	9,9	15,4	17,1	15,9	17,7	22,0	21,9	19,1	45,74	80,0	-	72,65
Direkt administrierte Preise	26,4	-	6,5	9,1	9,5	7,7	6,3	11,0	14,2	11,8	29,63	44,9	-	35,91
Überwiegend administrierte Preise	24,5	-	3,4	6,2	7,6	8,2	11,4	11,0	7,7	7,3	16,11	35,1	-	36,74
Nicht administrierte Preise	49,1	-	90,1	84,6	82,9	84,1	82,3	78,0	78,1	80,9	54,26	20,0	-	27,35
Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU)	100,0	-	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	-	100,0

^{a)} Angaben für wechselnden Währungsraum. – ^{b)} Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Eurostat, Berechnungen des ifo Instituts.

Gütergruppen synchron: Während sich das Preisniveau für Industriewaren (ohne Energie) und für Nahrungsmittel bis zum Frühjahr 2015 im Vorjahresvergleich recht schwach entwickelte, setzte sich die Teuerung bei Dienstleistungen mit nur wenig verringertem Tempo bis zuletzt fort (vgl. Abb. 1). Auch nach Mitgliedsländern differenziert gibt es Unterschiede: So übertraf das Verbraucherpreisniveau im zweiten Halbjahr 2015 den vergleichbaren Vorjahresstand in Malta z.B. um 1,4%, in Belgien um 1,1% und in Portugal um 0,7%, in Deutschland jedoch nur um 0,1%. In Spanien sank im gleichen Zeitraum das Preisniveau sogar um 0,5% und in Zypern um 1,7%.

Zur Analyse der speziellen Effekte von Preisänderungen bei Gütern mit staatlich administrierten Preisen auf das Verbraucherpreisniveau im Euroraum bedarf es einer gesonderten Querschnittsbetrachtung. Eurostat veröffentlicht hierzu einen speziellen Preisindex, den HVPI-EWU-AP (AP = »administered prices«). Dieser erfasst die Preisentwicklung von Sachgütern und Dienstleistungen, deren Preise entweder *direkt* (»directly«) oder überwiegend (»to a significant extent«) vom Staat bzw. von staatlichen Regulierungsbehörden beeinflusst werden (z.B. Entgelte für den Besuch von Schulen oder Universitäten, Tarife für den öffentlichen Nahverkehr, Gebühren für die Müll- oder Trinkwasserentsorgung, Passgebühren

u.Ä.). Die Untergruppe der überwiegend administrierten Preise bezieht sich auf diejenigen Güter, deren Preise nur nach Zustimmung einer Regulierungsbehörde geändert werden dürfen. Neue Regulierungs- bzw. Deregulierungsmaßnahmen in den Mitgliedsländern werden von Eurostat jeweils zum Jahreswechsel berücksichtigt (vgl. Nierhaus 2014).

Tabelle 1 zeigt, dass sich Güter mit administrierten Preisen im Euroraum bis zuletzt stärker verteuert haben als Güter mit flexiblen Preisen. So belief sich vom ersten Halbjahr 2011 bis zum zweiten Halbjahr 2015 die Inflationsrate bei Gütern mit administrierten Preisen auf 2,4% p.a., bei den übrigen Gütern fiel die Rate mit nur 1,3% p.a. um 0,9 Prozentpunkte deutlich geringer aus. Allerdings gibt es auch im Gütersegment mit administrierten Preisen disinflationäre Tendenzen. Im ersten Halbjahr 2015 verteuerten sich Güter mit administrierten Preisen nur um 1,1%, im zweiten Halbjahr sogar nur um 0,7%. Der Inflationsbeitrag der Güter mit administrierten Preisen zur Gesamtrate des HVPI-EWU belief sich zuletzt noch auf knapp 0,1 Prozentpunkte. Drei Viertel der Inflationsrate in der EWU kann in der zweiten Jahreshälfte 2015 rechnerisch dennoch durch administrierte Preis anhebungen erklärt werden. Auf die Verteuerung von Gütern und Dienstleistungen mit flexiblen Preisen entfiel das restliche Viertel. Der Beitrag der administrierten Preise zur Gesamtrate des HVPI-EWU in Prozentpunkten kann approximativ aus dem Produkt »Produktgewicht der administrierten Preise \times Inflationsrate AP« berechnet werden. Der Inflationsbeitrag ist umso höher, je größer das jeweilige Produktgewicht ist und je rascher die administrierten Preise angehoben werden (vgl. Nierhaus 2006).

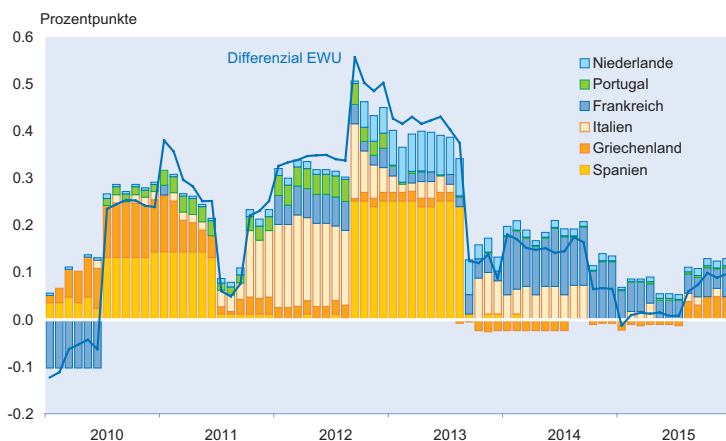
Die Veränderungsrate des HVPI-EWU-AP lässt sich nach den Inflationsbeiträgen der einzelnen Mitgliedsländer aufschlüsseln. Wie nicht anders zu erwarten, steuerte im zweiten Halbjahr 2015 Deutschland, das Land mit dem größten Ländergewicht (derzeit 28%), den größten Beitrag (+ 0,3 Pro-

zentpunkte) zur Veränderungsrate des HVPI-EWU-AP (+ 0,7%) bei. Danach rangieren die Inflationsbeiträge von Frankreich (+ 0,2 Prozentpunkte) und Spanien (+ 0,2 Prozentpunkte), gefolgt von Irland, Belgien, den Niederlanden und Österreich (jeweils 0,1 Prozentpunkte). Italien steuerte im gleichen Zeitraum sogar einen »negativen« Inflationsbeitrag bei (0,3 Prozentpunkte); hier war das Preisniveau um 2,9% gesunken.

Unberücksichtigt bleibt beim Index der administrierten Preise der Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Teuerung. Eurostat veröffentlicht hierzu monatlich einen speziellen harmonisierten Preisindex zu konstanten Steuersätzen (hier: HVPI-EWU-CT; CT = »constant taxes«) heraus, bei dem der Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Verbraucherpreisentwicklung ausgeschaltet ist. Zu den im Index erfassten indirekten Steuern zählen die Mehrwertsteuer sowie die Verbrauchsteuern auf alkoholische Getränke, Tabakwaren und Energie. Hinzu kommen Steuern auf bestimmte Produkte wie Pkw, Versicherungen und Unterhaltung. Durch den Vergleich des HVPI-EWU-CT mit dem Gesamtindex HVPI-EWU (Inflationsdifferenzial) können die Auswirkungen der indirekten Besteuerung auf das Verbraucherpreisniveau abgeschätzt werden. Dabei wird angenommen, dass Änderungen der indirekten Steuern umgehend und vollständig auf die Verbraucherpreise wirken (vgl. Europäische Kommission 2009). Steueranhebungen erhöhen ab dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens das Verbraucherpreisniveau und fallen ein Jahr später aus der Vorjahresteuerrate wieder heraus (vgl. Europäische Zentralbank 2014, S. 56).

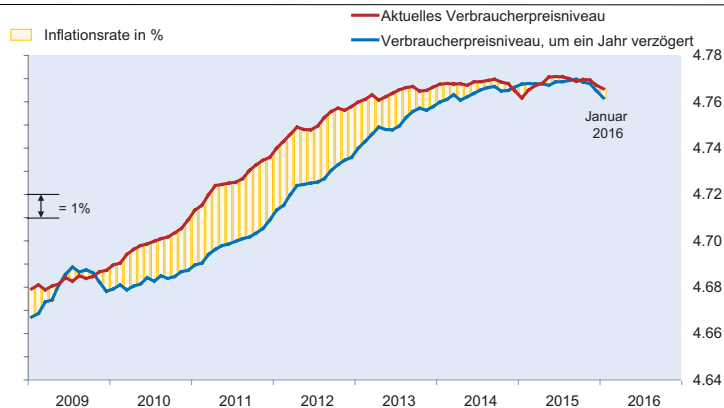
Abbildung 2 zeigt ausgewählte länderspezifischen Beiträge zum Inflationsdifferenzial in der EWU. Von Mitte 2010 bis Mitte 2013 war das Inflationsdifferenzial mit durchschnittlich 0,36 Prozentpunkten besonders groß, was im Zusammenhang mit wiederholten Anhebungen der Mehrwertsteuer zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte stand. So wurden zum 1. Juli 2010 in Spanien und Portugal die Regelsätze angehoben (von 16 auf 18% bzw. von 20 auf 21%). Am 1. Januar 2011 erhöhte Portugal den Regelsatz erneut auf 23%. Zum 1. Juli des gleichen Jahres führte Irland einen zeitlich befristeten Zwischensteuersatz von 9% ein. Im September 2011 wurde in Italien der Normalsatz um 1 Prozentpunkt auf 21% erhöht. Auch im Jahr 2012 kam es zu Anhebungen des Regelsatzes, so in Irland zum 1. Januar um 2 Prozentpunkte, in Spanien zum 1. September um 3 Prozentpunkte und in den Niederlanden zum 1. Oktober um 2 Prozentpunkte. Zum 1. Oktober 2013 wurde in Italien der Normalsatz um einen Prozentpunkt angehoben, zum 1. Januar 2014 in Zypern um 1 Prozentpunkt und in

Abb. 2
Beiträge ausgewählter Länder zum Differenzial zwischen dem HVPI-EWU und dem HVPI-EWU-CT



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 3
Entwicklung von Verbraucherpreisniveau^{a)} und Inflationsrate^{b)} im Euroraum



^{a)} HVPI-EWU (2005 = 100), saisonbereinigt und logarithmiert, Angaben für wechselnden Währungsraum.

^{b)} Inflationsrate (= approximativ: Vorjahresabstand der Verbraucherpreisniveaus in %).

Quelle: Eurostat; EZB; Berechnungen des ifo Instituts.

Frankreich um 0,4 Prozentpunkte auf nunmehr insgesamt 20% (vgl. Europäische Kommission 2015).

Seit dem Herbst 2013 hat sich das Inflationsdifferential deutlich zurückgebildet; die Mehrwertsteuererhöhungen der Jahre zuvor waren sukzessive in die statistische Basis eingegangen. Zudem wurde in Griechenland im Herbst 2013 der Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gastgewerbe von 23% auf 13% gesenkt, um die Wettbewerbsfähigkeit im Tourismus zu erhöhen (vgl. Bank of Greece 2013, S. 50). In den ersten drei Quartalen 2014 fiel das Inflationsdifferential auf 0,2 Prozentpunkte, danach verharrte es ein volles Jahr bei rund 0,1 Prozentpunkten, was ebenfalls zur Disinflation im Euroraum beitrug. Erst in der zweiten Jahreshälfte 2015 hat sich das Inflationsdifferential wieder etwas geöffnet, wozu die kräftige Heraufsetzung des Mehrwertsteuersatzes in Griechenland von 13% auf 23% für Nahrungsmittel, Bekleidung und Schuhe, Restaurants und Hotellerie, haushaltsnahe Dienstleistungen, Taxis, Flugtickets usw. im Vorfeld der Verabschiedung des dritten Rettungspaketes beigetragen hat.

Alles in allem steht mit dem harmonisierten Verbraucherpreisindex HVPI-EWU und den von Eurostat zusätzlich berechneten Sonderaggregaten wie den beiden Preisindizes HVPI-EWU-AP bzw. HVPI-EWU-CT ein leistungsfähiges System zeitnah erhobener Preisindikatoren zur Verfügung. Der Formel nach sind die Länder-HVPI Kettenindizes vom Laspeyres-Typ mit jährlich wechselnden Warenkorbgewichten. Im Vergleich zu konventionellen Festbasisindizes wie dem deutschen Verbraucherpreisindex VPI, die Preisbewegungen anhand eines für mehrere Jahre konstant belassenen Wägungsschemas messen, kann in den HVPI allfällige Änderungen im Konsumentenverhalten zeitnah berücksichtigt werden. Beim HVPI-EWU schlagen zusätzlich auch noch Änderungen der Ländergewichte (verursacht etwa durch die Aufnahme neuer Mit-

gliedsländer im Index) zu Buche. Dies alles beeinflusst die gemessene Preisänderungsrate, was über das Konzept eines reinen Preisvergleichs hinausgeht. Die HVPI tragen damit immer auch Merkmalen eines »Lebenshaltungskostenindex« Rechnung. Ein derartiger Index, auch »ökonomischer Preisindex« genannt, vergleicht kostenminimale Ausgaben miteinander, die zur Erzielung eines bestimmten Lebensstandards (Nutzen) bei alternativen Preissituationen erforderlich sind. Beim ökonomischen Preisindex wird nicht ein Wägungsschema konstant »gehalten«, sondern ein Nutzenniveau (»Lebensstandard«) gemessen wird somit ein Ausgabenverhältnis, das nicht nur durch die Veränderung von Preisen bestimmt wird, sondern auch durch die Substitution von teurer gewordenen Gütern durch billiger gewordene Produkte.¹

Ausblick

Im Euroraum herrscht seit drei Jahren Disinflation; im Dezember 2015 lag der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU) nur um 0,2% über dem vergleichbaren Vorjahresniveau (vgl. Abb. 3). Maßgeblich für die ausgeprägt disinflationäre Entwicklung waren eine bereits seit dem Jahr 2011 negative Outputlücke (vgl. Hristov 2016), ein mehrjähriger Preisverfall auf den Märkten für Öl und anderen Rohstoffen sowie zeitweilig recht günstige Nahrungsmittelpreise aufgrund vorteilhafter Wetterbedingungen. Darüber hinaus haben sich auch die Bemühungen einiger EWU-Mitgliedsländer ausgewirkt, preisliche Wettbewerbsfähigkeit durch Lohn- und Preissenkungen wiederzugewinnen. Auch ist der Preisdruck, der ehemals von administrierten Preisanhebungen ausging, derzeit kaum noch wahrnehmbar. Schließlich hat der Einfluss der Erhöhung von indirekten Steuern auf das Verbraucherpreisniveau nachgelassen, nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil viele öffentliche Haushalte bei der Refinanzierung fälliger Staatsanleihen aufgrund der niedrigen Zinsen hohe Ersparnisse verbuchen konnten. So fiel das Inflationsdifferential zwischen dem HVPI-EWU und dem HVPI-EWU-CT von 0,45 Prozentpunkten in der Spitze (erstes Halbjahr 2013) bis auf 0,08 Prozentpunkte im ersten Halbjahr 2015, eine Entwicklung, die disinflationäre Tendenzen im Euroraum ebenfalls befördert hat.

Um die Jahreswende 2015/16 sind die Rohölnotierungen erneut sehr kräftig gesunken; kurzfristig lag der Preis für ein

¹ Es lässt sich zeigen, dass ein Preisindex vom Laspeyres-Typ die obere Grenze des ökonomischen Preisindex darstellt. Die Differenz zwischen einem Laspeyres-Preisindex und einem ökonomischen Preisindex, der Substitutionsvorgängen Rechnung trägt, wird als »substitution bias« bezeichnet (vgl. Hill 1999).

Barrel Brent im Januar unter 30 US-Dollar. Der Ölpreis war damit sogar niedriger als in den Krisenjahren 2008/09. Im Gefolge sank das Verbraucherpreisniveau im Euroraum saisonbereinigt im Januar 2016 gegenüber dem Vormonat um 0,2%. Weil der HVPI-EWU aber vor einem Jahr noch etwas stärker zurückgegangen war, erhöhte sich die Inflationsrate zugleich um 0,2 Prozentpunkte auf 0,4%. Der Schnellschätzung von Eurostat zufolge ist die monatliche Preissteigerungsrate im Februar gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat allerdings wieder auf – 0,2% gesunken, wozu ein kräftiger Basiseffekt beigetragen hat.

In saisonbereinigter Betrachtung könnte das Verbraucherpreisniveau im ersten Quartal 2016 seinen Tiefststand erreicht haben. Die Preise für Industriewaren (ohne Energie) sind nach der Jahreswende saisonbereinigt bereits kräftig gestiegen, dies könnte allerdings noch eine Spätfolge der vorausgegangenen Euro-Abwertung gewesen sein. Auch die Entgelte für Dienstleistungen haben im Januar saisonbereinigt angezogen, worin sich allerdings vorrangig »hausgemachte« Faktoren spiegeln. Schließlich haben die Energiepreise nicht noch weiter nachgegeben.

Die stark gesunkenen Rohölnotierungen dürften über niedrige Heizöl- und Kraftstoffpreise das ganze Jahr hindurch dämpfend auf die Inflationsrate wirken. Für Zweitrundeneffekte, die über spürbar zurückgenommene mittelfristige Inflationserwartungen und niedrigere Lohnzuwachsrate die Kernrate über einen längeren Zeitraum sinken ließen, gibt es so gut wie keine Anhaltspunkte. Dem jüngsten Survey of Professional Forecasters (SPF) der EZB zufolge, der dem erneuten Ölpreisrückgang bereits Rechnung trägt, gingen die durchschnittlichen längerfristigen Inflationserwartungen der Befragungsteilnehmer für das Jahr 2020 lediglich geringfügig von 1,86% auf 1,80% zurück (vgl. Europäische Zentralbank 2016).

In einigen Mitgliedsländern sind Mehrwertsteueranhebungen vorgesehen, so wird in Österreich der ermäßigte Satz auf Hotelübernachtungen im Mai 2016 von 10% auf 13% erhöht, für viele andere Produkte und Dienstleistungen trat die Erhöhung bereits zum 1. Januar in Kraft. Alles in allem sind die davon ausgehenden Wirkungen auf den HVPI-EWU aber gering. Von der Entwicklung der administrierten Preise dürfte sich ebenfalls kein Aufwärtsdruck ergeben. Unter der Annahme eines weitgehend unveränderten Wechselkurses des Euro gegenüber dem US-Dollar dürften die monatlichen Inflationsraten in der Währungsunion, gemessen an der Vorjahresänderung des HVPI-EWU, bis zum Sommer nahe bei der Nullmarke liegen. Am Jahresende dürfte die Preissteigerungsrate, bei sich weiter verringernder Produktionslücke im Euroraum, bei der 1-Prozentmarke liegen. Im Jahresdurchschnitt 2016 könnte sich die Inflationsrate im Euroraum auf ¼% belaufen.

Literatur

- Bank of Greece (2013), *Monetary Policy*, Interim Report, Dezember, Athen.
- Europäische Kommission, Eurostat (2009), *HICP-CT Manual*, Oktober, verfügbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/hicp/documents_meth/HICP-CT/HICP-CT_manual_2009.pdf.
- Europäische Kommission (2015), *VAT Rates Applied in the Member States of the European Union, Situation at 1st September 2015*, Brüssel.
- Europäische Zentralbank (2013), »Editorial«, *Monatsbericht*, Juli, Frankfurt am Main, 5–10.
- Europäische Zentralbank (2014a), *Jahresbericht 2014*, Frankfurt am Main.
- Europäische Zentralbank (2014b), *Monatsbericht*, Februar, Frankfurt am Main.
- Europäische Zentralbank (2016), »Zusammenfassung der geldpolitischen Sitzung des Rates der Europäischen Zentralbank«, 20. und 21. Januar 2016, verfügbar unter: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/EZB_Accounts/2016_02_18_account.pdf?__blob=publicationFile.
- Hill, P. (1999), *Inflation, the Cost of Living and the Domain of a Consumer Price Index*, Joint ECE/ILO Meeting on Consumer Price Indices, Genf.
- Hristov, A. (2016), »Measuring the Natural Interest Rate in the Eurozone – A DSGE Perspective«, CESifo Working Paper, erscheint demnächst.
- Nierhaus, W. (2006), »Harmonisierte Verbraucherpreisindizes – Zur Inflationsmessung in Europa«, *ifo Schnelldienst* 59(6), 11–16.
- Nierhaus, W. (2014), »Der Einfluss von administrierten Preisen und indirekten Steuern auf die aktuelle Inflation im Euroraum«, *ifo Schnelldienst* 67(4), 36–40.